

WAS TREIBT RECHTE WAHLERFOLGE?

»GLOBALISIERUNGSANGST ODER WERTEKONFLIKT?«
BEMERKUNGEN ZUR BERTELSMANN-STUDIE

HORST KAHR
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
kahrs@rosalux.de

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Kulturkampf oder Klassenkampf?	3
Zu: Anlage und Methode der Untersuchung	3
Zu: Ausgewählte Ergebnisse Für Länder	5
Zu: Ausgewählte Ergebnisse für Parteien	7
Zu: Ergebnisse für Deutschland.....	8
Schlussbetrachtung	9

Quelle: Catherine de Vries, Isabell Hoffmann: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum? Bertelsmann-Stiftung November 2016; ISSN: 2366-9519.

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/globalisierungsangst-oder-wertekonflikt/>

EINLEITUNG: »KULTURKAMPF ODER KLASSENKAMPF«?

Ende November veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung die Studie »Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum.« von Catherine de Vries und Isabell Hoffmann. Die Studie sollte untersuchen, »ob Ängste oder Werte die treibenden Kräfte« (S. 3) hinter dem Wandel der Parteienlandschaft in Europa und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien seien.

Die beiden in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Debatte dominierenden Erklärungsmuster werden gegenübergestellt:

(a) der **kulturelle Konflikt**, Wertekonflikt, Kulturkampf, auch »culture wars« genannt, wonach der Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa oder von Trump in den USA vor allem als ein »kulturellen Backlash« gegen die (vermeintliche) Dominanz linksliberaler, kosmopolitischer Werte zu erklären sei: *»Im Traditionalismus – oder dem, was Politikpsychologen als Autoritarismus bezeichnen – findet der Wunsch der Menschen nach Ordnung und Stabilität angesichts Flexibilität und Wandel seinen Ausdruck.«* (S. 8)

(b) der **soziale Konflikt**, der in diesem Zusammenhang als ein Verteilungskonflikt um Globalisierungsgewinne und –verluste verstanden wird, als Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern, zwischen Bedrohung und Chance: *»Die Menschen haben das Gefühl, von der Globalisierung zurückgelassen worden zu sein und von politischen Eliten nicht mehr beachtet zu werden.«* Die Globalisierung stelle »insofern ein Trilemma dar, als Gesellschaften nicht gleichzeitig global integriert, vollständig souverän und demokratisch sein können«, die »besonders gefährdeten Gruppen« würden *»einen gerechten Anteil am Wohlstand und an Arbeitsplätzen verlangen«*, es komme zu »Revolten der Zurückgelassenen«.

Das Ergebnis der Studie stehe *»im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, für die in Studien ein starker Zusammenhang zwischen der traditionellen autoritären Weltanschauung und der Unterstützung der Tea Party oder den frisch gewählten republikanischen Präsidenten Donald Trump nachgewiesen werden konnte«*. In Europa seien *»Wertvorstellungen für das Verständnis, warum sich Menschen populistischen Parteien zuwenden, nicht von entscheidender Bedeutung«* (S. 29). Die repräsentative Befragung in 28 EU-Staaten zeige, *»dass es vor allem Globalisierungsängste sind, die manche dazu treiben, sich vom politischen Mainstream ab und populistischen Parteien zuzuwenden. Werte spielen dabei eine untergeordnete Rolle. (...) Je niedriger das Bildungsniveau, je geringer das Einkommen und je älter die Menschen sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die Globalisierung als Bedrohung wahrnehmen. Außerdem werden diejenigen, die sich populistischen Parteien verbunden fühlen, in erster Linie von Globalisierungsängsten geleitet.«* (S. 3) Darin stecke durchaus ein *»Hoffnungsschimmer für die Politik, denn Angst lässt sich leichter auflösen als fest zementierte Werte«*.

ZU: ANLAGE UND METHODE DER UNTERSUCHUNG

Die Studie ist aus dem »Eupinions«-Projekt hervorgegangen, welches mehrfach im Jahr europaweite repräsentative Befragungen zur Haltung der Bürger und Bürgerinnen zur europäischen Politik und ihren Zukunftserwartungen durchführt. Vertieft wurden die Studien-Fragen für die vorliegende Studie in neun Staaten: Österreich (A), Frankreich (F), Polen (PL), Ungarn (HU), Deutschland (D), Niederlande (NL), Vereinigtes Königreich (UK) Spanien (E) und Italien (I).

Die Messung von »Ängsten« und »Werten« stellt ein erhebliches methodisches Problem dar, zumal, wenn dazu Fragen verwendet werden müssen, die in allen Ländern zumindest ein sehr ähnliches Verständnis finden. Für die Vergleichbarkeit der Länderergebnisse wäre es mehr als wünschenswert, mit einer großen Sicherheit annehmen zu dürfen, dass »fortschrittliche Wertemuster« zum Beispiel in den Niederlanden und in Ungarn vergleichbaren Inhalt besitzen. Leider geht die Studie mit der Veröffentlichung der für die Messung von »Werten« und »Ängsten« verwendeten Fragebatterien sehr zurückhaltend um. Zur Messung von Werten wird mitgeteilt, dass sie auf der Grundlage eines Fragenkatalogs zu Kindererziehungsfragen erfolgt, »insbesondere« folgende Fragen wurden verwendet:

- »Was ist Ihrer Meinung nach für ein Kind wichtiger: Unabhängigkeit oder Respekt gegenüber den Älteren?«
- »Was ist Ihrer Meinung nach für ein Kind wichtiger: Gehorsam oder Eigenständigkeit?«
- »Was ist Ihrer Meinung nach für ein Kind wichtiger: rücksichtsvoll oder wohlherzogen zu sein?«
- »Was ist ihrer Meinung nach für ein Kind wichtiger: neugierig zu sein oder gute Umgangsformen zu haben?«

Wer mit »wohlherzogen«, »gehorsam«, »respektvoll gegenüber Älteren« usw. antwortet, gilt als jemand mit eher traditionellen Werten, wer mit »unabhängig«, »eigenverantwortlich« oder »neugierig« antwortet, dessen Antworten gelten als »am wenigsten traditionell«, die befragte Person vertritt eher »progressive Werte« (S. 11).

Als Interpretation bieten die Autorinnen an: »Im Traditionalismus – oder dem, was Politikpsychologen als Autoritarismus bezeichnen – findet der Wunsch der Menschen nach Ordnung und Stabilität angesichts Flexibilität und Wandel seinen Ausdruck. Traditionalisten oder Autoritäre bevorzugen starke Führungspersönlichkeiten, die den Status Quo bewahren und in einer Welt Ordnung schaffen, die sie als bedroht sehen.« (S. 8)

»Globalisierungsangst« wird überwiegend wirtschaftlich, als Sorge vor wirtschaftlichen Verlusten, verstanden. »Werte« und »sozioökonomischen Lage« bilden die Pole eines zweidimensionalen Feldes. Gefragt wird, ob die Globalisierung eher als »Bedrohung oder Chance« verstanden wird. Weitere Fragen im Kontext Globalisierung zielen darauf, wie sich die eigene wirtschaftliche Situation in den »letzten beiden Jahren« verändert hat und was »in der absehbaren Zukunft im Allgemeinen« die persönliche wirtschaftliche Perspektive sei. Wie weit »absehbare Zukunft« reicht, wird wie andere Interpretationsmöglichkeiten nicht weiter eingegrenzt.

An dieser Stelle scheint ein Einschub geboten. Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Frage auf die Abwägung zwischen den Polen »Bedrohung oder Chance« zielt. Was rechtfertigt, die Kombination der Einschätzungen (a) »der Globalisierung« als Bedrohung und (b) absehbare Unsicherheit der eigenen wirtschaftlichen begrifflich durchgehend als »Globalisierungsangst« zu fassen? Die Bedrohung kann sehr real sein, etwa der drohende Wegfall des eigenen Arbeitsplatzes plus schlechte Arbeitsmarktchancen des Berufes; die psychische Reaktion darauf kann aber auch ganz anders ausfallen als ängstlich. Mit »Globalisierungsangst« im Titel und im Text geht ein bestimmtes Framing einher. Während der »Wertekonflikt« als ein Konflikt auf Augenhöhe verstanden werden kann, löst die »Globalisierungsangst« eine eher hierarchische und wertende Vorstellung aus: den Ängstlichen und Angsthasen stehen die Furchtlosen und Mutigen gegenüber, die sich den Herausforderungen stellen; Angst führt leicht zu irrationalen Handlungen; schnell werden die Ängstlichen zum Objekt mehr oder weniger wohlmeinender Strategien der anderen; schließlich: ob jemand Ängste hat oder nicht, ist tief in der Psyche des Individuums verankert – und nicht in sozialen und wirtschaftlichen Strukturen. Sozialwissenschaftliche Begriffswahl ist immer auch Intervention in die öffentliche Debatte, mehr noch: Produktion von Sinn- und Deutungsrahmen, innerhalb deren die Konflikte zwischen Schichten und sozialen Klassen verhandelt werden sollen.

Zurück zur Studie. Die Interpretation der Autorinnen zur Globalisierungsbedrohung lautet: »Die Menschen haben das Gefühl, von der Globalisierung zurückgelassen worden zu sein und von den politischen Eliten nicht mehr beachtet zu werden. Die Menschen unterstützen politische Außenseiter, die ihre Globalisierungsängste im Kontext ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres Kompetenzwettstreits mit Einwanderern geschickt artikulieren. (...) die besonders gefährdeten Gruppen (verlangen) einen gerechten Anteil am Wohlstand und an den Arbeitsplätzen« (S. 8) Bereits hier lässt sich die leitende Gegenüberstellung in Frage stellen. Sie beruht das Urteil, welcher Anteil ein gerechter Anteil ist, auf einem moralischen Wertegerüst, aus dem abgeleitet wird, was gerecht ist und was der eigene Anteil zu sein hat. Globalisierungsangst wäre dann auch als Resultat einer wahrgenommenen Verletzung von bewährten normativen Traditions- und Wertemustern zu deuten, in denen die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen, Verteilungs- und Anerkennungsfragen verhandelt werden können, in denen Ansprüche »berechtigt«, weil normativ begründet sind. Aus welchen Antworten die oben zitierte Interpretation zur Globalisierungsangst hergeleitet wird, legt der veröffentlichte Teil der Studie leider nicht offen.

Jedenfalls, die Antworten der Befragten werden auf den drei Achsen gruppiert:

- (a) Globalisierung: Bedrohung oder Chance
- (b) Wirtschaftliche Lage: verunsichert oder sicher
- (c) Werte: traditionell oder progressiv

Die Befragten auf dem Territorium der EU-28 antworten hierauf: Globalisierung 45% für die »Bedrohung« zu 55% für die »Chance«, 35% für »wirtschaftlich verunsichert« zu 65% für »wirtschaftliche Lage sicher« und unentschieden 50% zu 50% bei den Werten. Offen und ungeprüft bleibt bei alledem, ob die Befragten in den einzelnen Ländern mit einem Begriff wie »die Globalisierung« annähernd und hinreichend Ähnliches verbinden, um Ergebnisse vergleichen zu können.

Erhellend und die Interpretations-Methodik in Frage stellend ist die Frage nach den Befürchtungen, die mit der Globalisierung verbunden sind. Es zeigt sich, dass beide Gruppen, sowohl diejenigen, die die Globalisierung als Bedrohung sehen als auch diejenigen, die sie als Chance sehen, die gleichen Befürchtungen in gleichem Maße teilen: Krieg (45%/45%), Umwelt (42%/47%), Armut (45%/45%), Wirtschaftskrise (43%/45%), Kriminalität (45%/45%), Terrorismus (43%/45%).

Signifikante Unterschiede von mehr als fünf Prozentpunkten gibt es bei Bedrohungsgefühle durch »Migration« (53%/42%), Gefühl der »Fremdheit im eigenen Land« (54%/36%) und »kein Kontakt mit Ausländern« (55%/43%). Es lässt sich auf der Basis dieser Daten somit auch die These formulieren: Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden unterschiedlichen Bewertungen der Globalisierung macht sich weniger auf wirtschaftlichem Gebiet fest als auf kulturellem Gebiet, »Globalisierungsangst« könnte auch überwiegend kulturell statt wirtschaftlich geprägt sein.

Statt die beiden Erklärungsmuster Globalisierungsangst oder Wertekonflikt gegenüberzustellen, wäre ihre Verzahnung zu beschreiben ertragreicher. Wenn Globalisierungsangst zu einem erheblichen Teil als kulturelle Bedrohung durch Migration und Fremde betrachtet wird (Gefahr von draußen), dann spielt der Wertekonflikt eine entscheidende Rolle für die innenpolitische Auseinandersetzung, denn die kosmopolitischen, linksliberalen Werte erscheinen als Einfallstor für die »Bedrohung«, als die die Globalisierung wahrgenommen wird. In der Studie selbst heißt es zur Globalisierungsachse: *»Schließlich sind diejenigen, die negativ gegenüber der Globalisierung eingestellt sind, verglichen mit denjenigen, die die Globalisierung als Chance auffassen, eher gegen die Homo-Ehe, glauben, dass der Klimawandel nicht real ist, und haben das Gefühl, dass zu viele Ausländer im Land sind.«* (S. 18) Und für die Werte-Achse: *»Dagegen unterscheiden sich Traditionalisten und Fortschrittliche in ihrer Meinung zu Einwanderern, zur Homo-Ehe und zum Klimawandel. Traditionalisten, wie auch diejenigen, die die Globalisierung als eine Bedrohung wahrnehmen, geben viel eher an, dass zu viele Ausländer in ihrem Land sind, denken, der Klimawandel sei ein falscher Alarm, und sind gegen die Homo-Ehe.«* (S. 19)

ZU: AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE FÜR LÄNDER

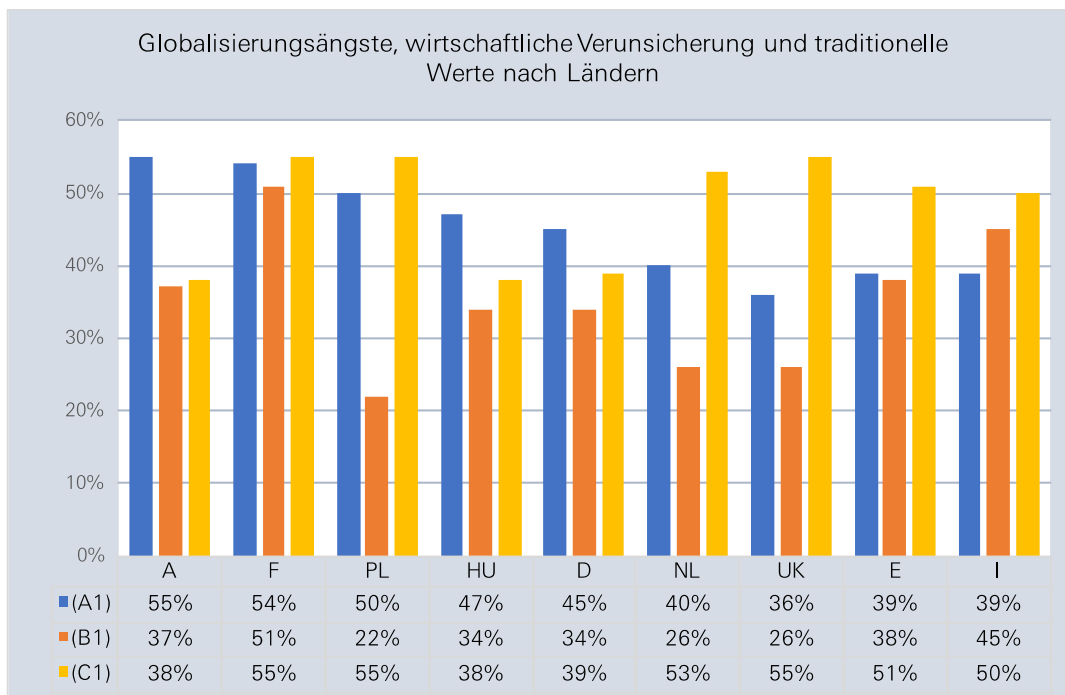
Die Generalthese der Autorinnen zur Rolle der »Globalisierungsangst« beim Aufkommen rechtspopulistischer Parteien wird von den Studienergebnissen nicht durchgehend gestützt. Verwunderlich ist das nicht, reichen doch die Wurzeln mancher Parteien – zum Beispiel FN in Frankreich, Lega Nord in Italien oder auch der polnischen PiS weiter zurück oder entstammen traditionellen Konfliktlinien der jeweiligen Gesellschaften (Nord-Süd in Italien, katholischer Traditionalismus in Polen). Aufschlussreicher sind beim Blick auf die einzelnen Länderergebnisse die unterschiedlichen »Mischungsverhältnisse« zwischen »Sicht auf Globalisierung«, »eigene wirtschaftlicher Lage« und »Werteorientierung«.

Auf der Ebene der neun Länder, in denen eine vertiefte Befragung stattfand, fanden sich deutlich unterschiedliche Ausprägungen auf den drei Achsen Globalisierung als Chance oder Bedrohung; wirtschaftliche Lage verunsichert/wird als unsicher oder sicher eingeschätzt; traditionelle oder progressive Werte dominieren.

Aus den Gründen der Darstellung werden in den Grafiken als Kürzel verwandt:

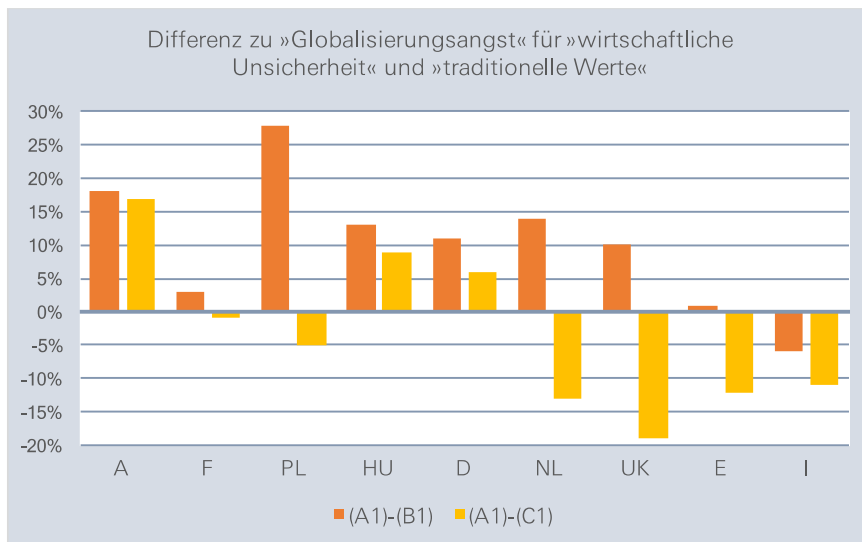
- (A1) – Globalisierung wird als Bedrohung wahrgenommen
- (B1) – eigene wirtschaftliche Lage als unsicher eingeschätzt, »wirtschaftlich verunsichert«

(C1) – traditionelle Wertmuster dominieren



Wer die Globalisierung als Bedrohung wahrnimmt, kann sich gleichwohl seiner eigenen wirtschaftlichen Lage sicher sein. Das gilt in besonderem Maße für die Befragten in Polen, den Niederlanden, Österreich, auch in Ungarn, Großbritannien und Deutschland. Für diese Länder gilt: Ein erheblicher Teil derjenigen, die sich wirtschaftlich sicher wähnen, nimmt die Globalisierung gleichwohl als Bedrohung wahr. Globalisierungsängste können zumindest für diese Länder nicht als rein wirtschaftlich oder sozial ausgeprägt beschrieben werden, sondern enthalten zumindest eine starke immaterielle, kulturelle Komponente. Anders hingegen vermutlich in Frankreich, Spanien und noch Italien, wo Globalisierung als Bedrohung und wirtschaftliche Verunsicherung jeweils gleich stark ausgeprägt sind, in Italien erfasst die wirtschaftliche Verunsicherung erkennbar auch Personen, die die Globalisierung als Chance sehen. (Diese Überschneidung ist natürlich auch in den anderen Ländern möglich, lässt sich durch die präsentierten Daten aber nicht erschließen.)

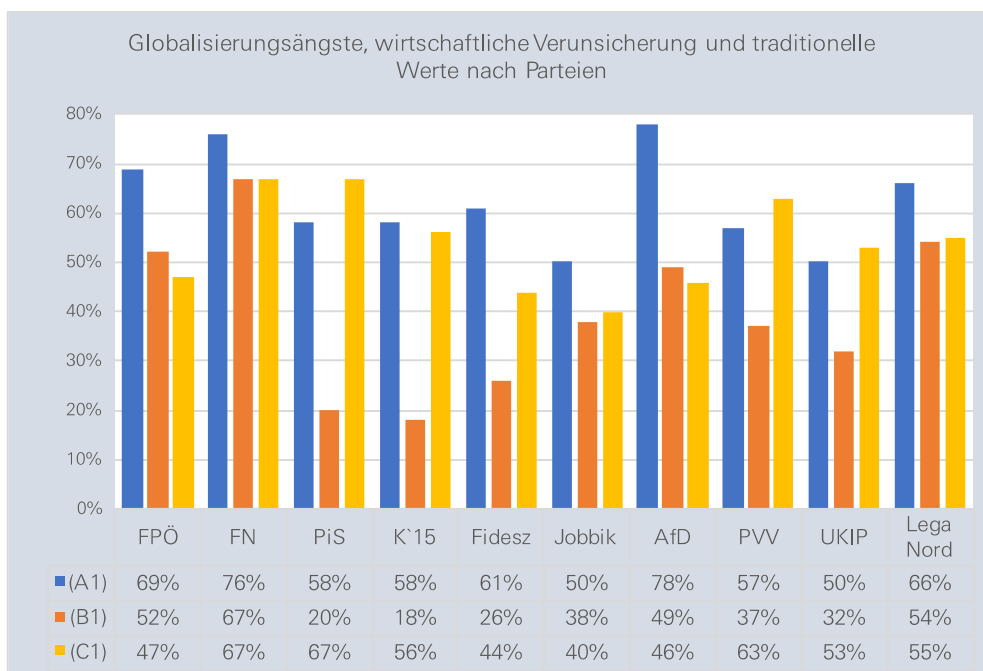
Wer die Globalisierung als Bedrohung wahrnimmt, kann gleichwohl ein Vertreter progressiver Wertemuster sein, zumindest in Frankreich, Ungarn und Deutschland, den Ländern, wo der Anteil derjenigen mit Globalisierungsängsten größer ist als der Anteil der Traditionalisten. Für die restlichen Länder mit Ausnahme Frankreichs gilt: Der Anteil der Traditionalisten, teilweise mehr als die Hälfte der Befragten, liegt deutlich über dem Anteil derer, für die Globalisierung eine Bedrohung ist. Auch Traditionalisten können Globalisierung also als Chance sehen, was insbesondere in Polen, den Niederlanden, Großbritannien, Spanien und Italien offensichtlich der Fall ist, nicht aber in Deutschland. In diesen Ländern, so könnte man schließen, sehen auch Bürgerinnen und Bürger mit traditionellen Wertemustern die Globalisierung als eine vermutlich eher ökonomisch interpretierte Chance und nicht als Bedrohung ihrer traditionell geprägten Lebensweise.



Es lassen sich verschiedene Ländergruppen bilden:

- (1) Länder, in denen die (eher ökonomisch konnotierte) Globalisierungsangst deutlich größer ist als die wirtschaftliche Verunsicherung und die Verbreitung traditioneller Wertemuster: Österreich, Ungarn, Deutschland;
- (2) Länder, in denen die Globalisierungsangst deutlich stärker ausgeprägt als die wirtschaftliche Verunsicherung, aber schwächer als die Verbreitung traditioneller Wertemuster: Polen, Niederlande, Großbritannien;
- (3) Länder, in denen die Differenzen auf der wirtschaftlichen Achse eher gering sind, aber z.T. deutlich auf der Werteachse: Spanien, Italien, Frankreich.

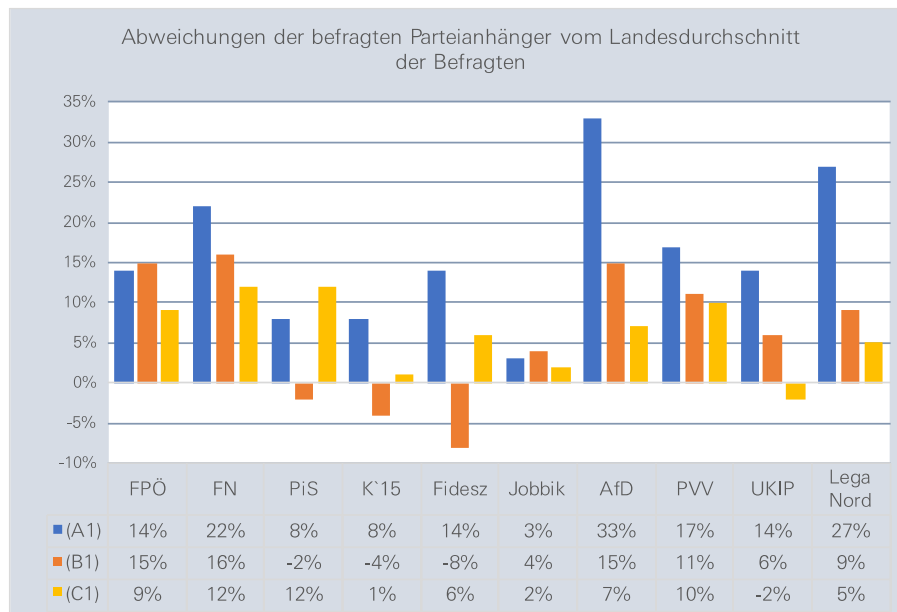
ZU: AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE FÜR PARTEIEN



Unter den Anhängern aller untersuchten rechten Parteien ist die »Globalisierungsangst« stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung, aber nur für die AfD, den FN die FPÖ und die Lega Nord könnte man die Bedrohung

durch Globalisierung als dominierend (zwei Drittel und mehr der Anhänger) bewerten. Bei der polnischen PiS und der niederländischen PVV machen die Anhänger traditioneller Werte sogar einen größeren Anteil aus. Nur in Österreich und Deutschland spielt die wirtschaftliche Verunsicherung der eigenen Lage die zweitwichtigste Rolle bei den Anhängern der rechten Parteien, in Frankreich und Italien ist gleich bedeutsam wie der Traditionalismus.

Aufschlussreich werden die Ergebnisse für die befragten Parteienmitglieder recht eigentlich erst, wenn nach den Abweichungen vom Landesdurchschnitt fragt. Die nachfolgende Grafik zeigt die Abweichungen vom Landesdurchschnitt für die drei Dimensionen:



(1) Für die beiden polnischen Parteien PiS und K'15 (Kukiz `15) sowie die Fidesz gilt: wirtschaftliche Verunsicherung (orange Farbe) ist unter ihren Anhängern weniger verbreitet als im Landesdurchschnitt. Bei der PVV, der AfD, der FPÖ und dem FN liegt der Anteil wirtschaftlich Verunsicherter deutlich höher als der Durchschnitt (>10 Punkte).

(2) Die Ukip vereinigt einen unterdurchschnittlichen Anteil von Traditionalisten (gelbe Farbe), insbesondere die PVV, die PiS, die FPÖ und der FN haben einen um mindestens 10% höheren Anteil an Traditionalisten als im Landesdurchschnitt gemessen wurden.

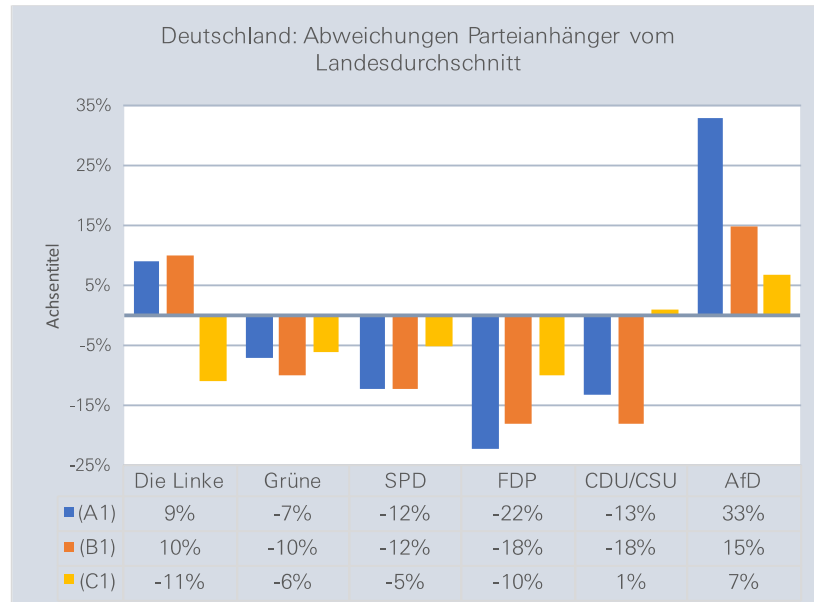
(3) Die Bedrohung durch die Globalisierung (blaue Farbe) ist für FPÖ, FN, Fidesz, AfD, PVV, Ukip und Lega Nord von besonderer Bedeutung, geht allerdings nur im Fall der FPÖ, der PVV und dem FN mit einer gleich großen oder annähernd gleich großen Abweichung bei der wirtschaftlichen Verunsicherung einher. Im strengen Sinne ließe sich sagen: Nur in Österreich, Frankreich und den Niederlanden scheint die Globalisierungsangst bei den Anhängern rechter Parteien mehrheitlich mit einer entsprechenden wirtschaftlichen Verunsicherung einherzugehen. Für Polen und Ungarn scheint die Globalisierungsangst eher kulturell geprägt zu sein. Für alle anderen Länder lassen sich eher keine Aussagen über die Art des Zusammenhangs treffen.

ZU: ERGEBNISSE FÜR DEUTSCHLAND

Die Verteilung der drei Dimensionen über die Parteienlandschaft in Deutschland, dass die Anhänger der AfD sich deutlich sehr überdurchschnittlich von der Globalisierung bedroht sehen, sehr überdurchschnittlich in ihrer wirtschaftlichen Lage verunsichert sehen und leicht überdurchschnittlich traditionellen Wertemustern anhängen.

Als zweite Partei unterscheiden sich die Anhänger der Linkspartei von denen aller anderen Parteien durch eine überdurchschnittliche Ausprägung des Bedrohungsgefühls in Sachen Globalisierung und der wirtschaftlichen

Verunsicherung, in beiden Fällen aber (deutlich) niedriger als bei der AfD. Gleichzeitig hat die Linkspartei mit 28% den niedrigsten Anteil von Traditionalisten unter den eigenen Anhängern, 11% weniger als im Landesdurchschnitt. Sie teilt diese Differenz bei der Wertorientierung mit den Anhängern von Grünen, SPD und FDP, die aber wiederum unterdurchschnittlich von Globalisierungsängsten und wirtschaftlichen Sorgen berichten.



Wer sich durch die Globalisierung bedroht sieht, findet sich bei Grünen, SPD, FDP oder Union seltener als bei AfD oder Linkspartei. Das gilt auch für diejenigen, die sich in einer wirtschaftlich unsicheren Lage sehen. Die Entscheidung, ob sie AfD oder Linkspartei wählen hängt aber in einem hohen Maße von der Wertorientierung ab. Wer traditionellen Wertemustern anhängt, wählt eher die AfD, wer progressiven Wertemustern folgt, eher die Linkspartei. In diesem Sinne erscheint die Wahl zwischen rechter und linker Opposition sehr wohl als eine Frage der kulturellen Orientierung.

Dem in der verkürzenden öffentlichen Kommunikation gerne erweckten Eindruck, wer sich von der Globalisierung bedroht sei, wähle vorwiegend extrem rechts oder links, sollte indes nachhaltig widersprochen werden. Sie finden sich zwar überdurchschnittlich bei den Anhängern von AfD und LINKE, aber eben auch bei den Grünen (38%), der SPD (33%), der Union (32%) sowie der FDP (23%) finden sich Anhänger, die »die Globalisierung fürchten«. Setzt man diese Zahlen in Beziehung zu den Antworten auf die »Sonntagsfragen« im November 2016, zur Stärke der Parteien in der Stimmungslage, dann verteilen sich die 45% der Befragten in Deutschland, die die Globalisierung fürchten, auf die Parteien wie folgt: AfD 8%, Union 10%, FDP 1%, Grüne 4-5%, SPD 7-8%, LINKE 5%. Nichtwähler 9-10%. Diese Zahlen dienen allein zur Verdeutlichung, dass die klare und deutliche Mehrheit derjenigen, denen Globalisierungsangst bescheinigt wird, nicht AfD oder LINKE wählt.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Autorinnen scheinen selbst die Eindeutigkeit ihrer Interpretation, dass vor allem die Globalisierungsangst treibendes Motiv hinter dem Aufstieg des Populismus sei, zu bezweifeln, schreiben sie doch abschließend: »Natürlich ist Globalisierung ein vielschichtiger Prozess. In der öffentlichen Debatte wird sie häufig verbildlicht durch die gierigen Banker, den bedürftigen Migranten, oder den Robotern, die Fabrikarbeitsplätze vernichten. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Menschen, die die Globalisierung als eine Bedrohung wahrnehmen, am meisten Migration fürchten. Sie sehen Migration häufiger als eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft, sie haben weniger Kontakt mit Ausländern in ihrem Alltag und äußern häufiger ausländerfeindlich Gefühle. Sie sind außerdem skeptischer gegenüber der Europäischen Union und der Politik im Allgemeinen.« (S. 30)

Wer Migration als die wesentliche von außen kommende Bedrohung identifiziert, tut dies vor dem Hintergrund einer Deutung der Welt. Sie kann durch Fremdenfurcht, Etabliertenvorbehalte und Ethnozentrismus geprägt sein, Lebensorientierungen und Werthaltungen, die per se nicht als rassistisch zu werten sind. Solche Deutungen könnten sich vermischen mit der Re-Nationalisierung der globalen ökonomischen Vernetzung im Bild eines »Wettbewerbspopulismus«, einem Wettbewerb der Nationen, in dem die deutsche Volkswirtschaft ganz weit oben oder vorn steht und dieser Platz verteidigt werden muss – ein Deutungsmuster, welches in der »Griechenland-Krise« in der deutschen Gesellschaft verbreitet war. Die Verbindung von Neo-Nationalismus und Autoritarismus als ein wesentliches Moment zur Erklärung des Aufstiegs rechter und »populistischer« Parteien heranzuziehen, böte auch differenzierte Erklärungsansätze für die teilweise stark länderspezifisch geprägten Umfrageergebnisse.

In ihrer Schlussbetrachtung unterscheiden die Autorinnen zwei Varianten der politischen Reaktion, die »Methode May« und die »Methode Merkel«. Die britische Premierministerin reagiere auf die Brexit-Abstimmung mit einer Änderung ihrer politischen Rhetorik (vor politischen Veränderungen), um UKIP-Wähler (und Labour-Wähler) anzusprechen, bei denen wirtschaftliche Sorgen und Globalisierungsangst, anders als bei Tory-Wählern, stärker zusammenfielen. Die deutsche Bundeskanzlerin setze politische Veränderungen vor Änderungen der Rhetorik, so in der deutschen Flüchtlingspolitik, drohe aber damit nicht durchzudringen: *»Gerade in Zeiten des allgemeinen kommunikativen Rauschens bedarf es einer pointierten kommunikativen Geste, um durchzudringen und sorgenvolle Gemüter zu beruhigen.«* (S. 31) Beiden Strategien werden nur begrenzte Erfolgsaussichten bescheinigt. Am Ende der Studie steht denn auch eine durchaus bemerkenswerte Erkenntnis bezüglich der politischen Dynamik des neuen Nationalismus und Autoritarismus:

»Politisch ist es leichter, die Migrationspolitik zu ändern, als bei wirtschaftlichen Themen eine Kehrtwende einzuleiten. Regierungen, die Fragen der gerechten Verteilung oder die Regelung technischer Fortschritte in den Griff bekommen möchten, würden nicht nur den Druck seitens der Industrie zu spüren bekommen, sie sähen sich auch einer gefährlichen Kombination aus hohen Sozialbudgets, niedrigen öffentlichen Einnahmen und einer ungünstigen demografischen Entwicklung gegenüber, die nicht viel Spielraum lässt.« (S. 32)

Vielleicht nährt sich die populistische Welle gerade aus der Rebellion gegen dieses dominierende Selbstverständnis vieler Parteien und ihrer Deutungsproduzenten, dass politisch eben nicht viel zu machen sei.¹

¹ Eine Nachbemerkung als Fußnote: Das ARD-Magazin „Plusminus“ in der Ausgabe vom 14.12.2016 brachte einen Beitrag, der skandalisieren wollte, dass etwa die Kampagnen-Profis von »Campact« Steuergelder erhalten hätten, mit denen die Kampagne gegen TTIP mitfinanziert worden sei. Es könne ja nicht sein, so der empörte Unterton, dass die Regierung ihre eigenen Kritiker finanziere (eine erstaunliche Haltung in einer Demokratie für eine öffentlich-rechtliche Informationsanstalt). Es würden mit Steuergeldern völlig überzogene, auch falsche Bedrohungsszenarien entwickelt, die den Menschen nur Angst machen sollten. Als wissenschaftliche Kronzeugin interviewt wurde – Isabell Hoffmann als Mitautorin der Studie.